

werden, um gleichzeitig effektiv Klimaschutz »an der wirtschaftlichen Basis« betreiben und dies unter Beteiligung der Interessen der abhängig Beschäftigten tun zu können. In diesem Sinne fußen alle Varianten eines linken Green New Deal auf starke und expansive Sozialstaatsprojekte und die Vision eines aktiven Staates.

Aber: Vorschläge der wirtschaftlichen Demokratisierung würden nicht nur die Macht der Beschäftigten und Konsument*innen gegenüber den Unternehmen stärken, sie würden faktisch auch den Staat transformieren, weil die bisherige parlamentarische Demokratie vertieft und ausgeweitet würde durch neue Formen der direkten Demokratie, durch die die institutionelle Arbeiter*innenmacht enorm ausgeweitet würde. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen linkssozialdemokratischen und ökosozialistischen New Dealer*innen drehen sich u.a. um die Reichweite dieses Demokratisierungsprozesses und die Frage, wie viel »Politik gegen das Kapital« möglich und nötig ist.

2.4 Die Rolle politischer Projekte

Diese Neugestaltung des Sozialstaates bzw. des linken Green New Deal ist davon abhängig, welchen politischen Projekten es gelingt tragfähige und mehrheitsfähige Klassenbündnisse bzw. Sozialstaatskoalitionen aufzubauen. Im Folgenden werde ich deshalb zunächst in aller Kürze diskutieren, was politische Projekte sind und was sie tun. Anschließend werde ich die politischen Projekte und ihre Sozialstaatspolitiken vorstellen, die die Entwicklung der prekären Zweidrittelgesellschaft geprägt haben, also das liberal-konservative und das marktsozialdemokratische Projekt, bzw. heute politisch miteinander ringen (Kap. 3), also das sozialliberal-ökologische, das antiökologisch-nationalradikale und das links-ökologische Projekt. Dabei werde ich die wesentlichen von ihnen durchgesetzten sozialstaatlichen Reformen (bzw. Ziele) skizzenhaft darstellen, von denen ich meine, dass sie die gesellschaftliche Entwicklung geprägt haben.

Politische Projekte und ihre Basis

Mit politischen Projekten meine ich nicht einfach Zusammenschlüsse von Parteien, wie z.B. die »rot-grüne Koalition«, die am Ende der 1990er Jahre die Kohl-Regierung aus FDP und Unionsparteien herausforderte und schließlich ablöste. Parteien gehören natürlich dazu. In einem weiteren Sinne handelt es sich bei solchen Projekten um »Strömungsnetzwerke« aus Parteien, Interessenorganisationen (wie z.B. die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), NGOs und Stiftungen (wie z.B. die bereits erwähnte Stiftung Neue soziale Marktwirtschaft), kleineren politischen Zusammenhängen und intellektuellen Zusammenschlüssen und Medien (wie z.B. die rechtsradikale Zeitschrift Sezession oder Die Zeit). In diesen Strömungsnetzwerken wird um politische Reformen und Inhalte, aber auch um Strategien gerungen. Man darf sie sich nicht harmonisch vorstellen. Jedes politische Projekt buchstabiert grundlegende Antworten auf die Fragen der Zeit aus. Diese grundlegenden Antworten bezeichne ich im Weiteren als Entwicklungsmodelle (Ingrao/Rossanda 1995, 112).

»Politische Akteure konkurrieren miteinander darum öffentliche Politikvorschläge und Strategien unterbreiten, die Institutionen zu verändern, um so einen ausreichend großen sozialen Block zusammenzubringen, der aus Gruppen mit unterschiedlichen, aber ausreichend kompatiblen Erwartungen besteht.« (Amable 2017, 6)

Sozialpolitik spielt in fast allen Entwicklungsmodellen, die in der Geschichte der Bundesrepublik vorgeschlagen wurden, eine zentrale Rolle. Da politische Projekte zwischen Interessen und Orientierungen der verschiedenen Teile ihres gesellschaftlichen Blocks vermitteln und Kompromisse organisieren müssen, sind sie und die von ihnen vertretenen Entwicklungsmodelle i.d.R. nicht widerspruchsfrei (Amable 2017, 9).

Parteien stehen für gewöhnlich im Mittelpunkt eines politischen Projektes, denn ohne »parteilichen Anker« ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich ein politisches Projekt als bleibende politische Alternative herauskristallisiert. Parteien bieten als Organisationen einen stabilen (sozialen) »Raum«, in dem u.a. Aushandlungen stattfinden können, aus dem heraus Anknüpfungspunkte in die Gesellschaft geschaffen werden können und der auch »Wir-Gefühle« ermöglicht. Parteien erfüllen zwei wichtige Aufgaben. Sie drücken etwas aus, indem sie Bilder und Ansprachen, Deutungen und Erklärungen entwickeln, um aus latenten Spannungen bzw. schwelenden Konflikten Forderungen und Druck für Veränderung zu machen (»expressive Funktion«). Zugleich vermitteln wichtige Vertreter*innen der Parteien zwischen unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen, priorisieren Forderungen und Anliegen (»vermittelnde und repräsentative Funktion«) (Lipset/Rokkan 1967, 5). Keine Partei ist daher homogen (Weber 2005, 213), Parteien sind selbst lediglich Allianzen unterschiedlicher Kräfte, die sich in größeren Konflikten um Politik und Werthaltungen zusammenfinden (Lipset/Rokkan 1967, 5). Jede ist eine Verflechtung von Gruppen, die untereinander Meinungsverschiedenheiten zu vielen Themen haben können (und in der Regel auch haben), die aber zusammengehalten werden durch ihre größere Feind- oder Gegnerschaft gegenüber konkurrierenden Parteien (ebd., 6) bzw. politischen Projekten.

Politische Projekte, wenn sie denn gesellschaftlich einflussreich werden, repräsentieren gesellschaftliche Bündnisse (bzw. sie werden getragen von sozialen Bündnissen/Koalitionen), die aus unterschiedlichen Klassen und Teilen von Klassen bestehen (können). Im Weiteren werde ich wahlweise von einem »gesellschaftlichen Block« oder einer »gesellschaftlichen Allianz« sprechen, um diese Bündnisse zu bezeichnen. Mehrheitsfähig oder führend ist ein derartiger Block, wenn ein politisches Projekt für die eigenen Kernanliegen Wahlmehrheiten organisieren und Reformprojekte auch praktisch durchsetzen kann, ohne massiv auf Gewalt zurückgreifen zu müssen. Innerhalb einer Gesellschaft besteht dann ein stabiles politisches Kräftegleichgewicht, wenn sich ein solcher tragender gesellschaftlicher Block herausbildet und (potenzielle) soziale Konflikte reguliert werden (Amable 2017, 4–5).

Das setzt allerdings voraus, dass die wichtigsten politischen Erwartungen, die von den verschiedenen Teilen des Blocks bezüglich der Politik und der Ausgestaltung von Institutionen befriedigt werden (ebd., 5). Das betrifft die Sozialpolitik, aber auch z.B. die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Das Repräsentationsverhältnis zwischen Basis und politischer Führung ist ein dynamisches Tauschverhältnis. »Repräsentieren« heißt

mehr als ausdrücken oder darstellen, es wird auch ausgehandelt. Politische Projekte wirken deshalb aktiv daran mit, dass gesellschaftliche Allianzen entstehen, wenn sie zwischen unterschiedlichen Interessen innerhalb einer solchen möglichen Allianz vermitteln, wenn sie Kompromisse schaffen und eine Zukunftsvision sowie motivierende bzw. mobilisierungsfähige Leitideen bzw. Ideologien entwickeln. In diesem Sinne sind politische Projekte und gesellschaftliche Allianzen Klassenprojekte, weil sie die Interessen bestimmter Klassen und Schichten verfolgen (Weber 2005, 211).

Politische Projekte und die Arbeit der Zuspitzung

Jedes politische Projekt verteidigt Interessen, aber notwendigerweise werden dabei andere vernachlässigt oder auch verworfen (Amable/Palombarini 2018, 31). In einem Mindestmaß sind die gesellschaftlichen Allianzen und politischen Projekte nicht nur in ihrem Inneren spannungsvoll, sie sind immer auch nach außen antagonistisch. Die Frage ist lediglich, ob aus den Reihen derer, deren Interessen verletzt werden, ein neuer Block, ein sichtbares und mobilisierungsfähiges Lager entsteht. Zur ideologischen Seite gehört aber auch, dass politisch-kulturelle Prinzipien (z.B.: Was ist gerecht? Wie sollte eine gute Ordnung aussehen?) verfolgt werden – jedes politische Projekt ist deshalb in einem Mindestmaß auch ein Weltanschauungsprojekt (Weber 2005, 212).

In der Regel bestehen die gesellschaftlichen Allianzen, aus denen politische Projekte hervorgehen und auf die diese Projekte einwirken, nicht aus allen Angehörigen einer Klasse oder einer Schicht (Amable/Palombarini 2017, 16–17). Anders formuliert: Angehörige einer Klasse können unterschiedliche Projekte unterstützen, entweder als feste Anhänger*innen oder – volatiler – als Wähler*innen. Das konservativ-liberale politische Projekt, das in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten auf Bundesebene die Gesellschaft gestaltete (siehe Kap. 3.1), repräsentierte zwar einen bürgerlich-kleinbürgerlichen Block. Zu diesem gehörten aber ebenso gut immer auch Arbeiter*innen (z.B. über die katholischen Sozialmilieus und die christliche Gewerkschaftsbewegung gebunden) wie der sozialdemokratische Arbeiter*innenblock, auch vor der offensiven Erklärung eine Volkspartei sein zu wollen, Intellektuelle, Handwerksmeister und Beamte ansprach.

Politische Projekte müssen, um soziale Koalitionen zu schmieden und gesellschaftlich sichtbar zu sein, eine »Arbeit der Zuspitzung« leisten, wie es der Sozialdemokrat Peter Glotz vor langer Zeit nannte. Zuspitzung in der politischen Auseinandersetzung ist demnach nicht mit Hetze und Scharfmacherei zu verwechseln, so Glotz, auch wenn ich ergänzen möchte, dass Gefühle und Leidenschaften ganz wesentlich dafür sind, dass lebendige politische Projekte entstehen, die sich nicht nur unterscheiden lassen, sondern deren Anhänger*innen sich auch voneinander abgrenzen. Die Arbeit der Zuspitzung meint »die Klärung der Gegensätze, auch die Mobilisierung von verborgenen und verschütteten Wünschen und Bedürfnissen.« (Glotz 1984, 8). *Grundsätzlich unterscheiden sich die verschiedenen politischen Projekte voneinander hinsichtlich der von ihnen priorisierten Politikfelder, hinsichtlich der Inhalte und hinsichtlich der Reichweite der angestrebten Veränderungen* (Amable/Palombarini 2018, 37).

Wenn Projekte sich hinsichtlich der Politikfelder unterscheiden, die sie priorisieren, unterscheiden sie sich zugleich hinsichtlich der gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sie aufgreifen und ins Zentrum ihrer Arbeit stellen. In politischen Projekten werden nicht nur Klassen oder Teile von Klassen verbunden, indem soziale bzw. materielle Interessen

aufgegriffen, ausgedrückt und befriedigt werden. Drängende Problemrohstoffe und Bedürfnisse können auch ganz andere sein. Zum Beispiel können sie aus dem Miteinander zwischen Religions- oder Konfessionsgemeinschaften, Ethnien, Bewohnern von Städten und abgehängten ländlichen Gebieten oder auch Männern und Frauen entstehen. I.d.R. greifen politische Projekte, die in der Lage sind größere gesellschaftliche Allianzen bzw. soziale Koalitionen zu schaffen, mehrere sozialkulturelle Spaltungslinien auf und verbinden sie miteinander³.

Diese soziokulturellen Spaltungen bzw. Spaltungslinien (Lipset/Rokkan 1967, 26) sind nicht mit objektiven Konfliktlinien zu verwechseln, die sich entlang von Herrschafts- und Macht-, sowie Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnissen bilden. Soziokulturelle Spaltungen können sich lediglich auf deren Grundlage entwickeln, sind aber eher so etwas wie politisierte Frontlinien. Durch die Herausbildung derartiger politisierter Frontlinien bilden sich gesellschaftliche Lager heraus, sie sind ein Ergebnis von Konflikten und Kämpfen und verkörpern oder verfestigen sich in »praktischen und weltanschaulichen Traditionen« (Vester/von Oertzen/Geiling/Hermann/Müller 2001, 186–187). Politische Projekte »geben und nehmen« dabei. Sie greifen i.d.R. mehrere Spaltungslinien auf, auch wenn eine besonders wichtig sein kann (»führend« innerhalb des Projektes). Zugleich wirken die politischen Projekte aber daran mit, dass sich die Lager überhaupt herausbilden und verfestigen. Denn ohne organisatorische Grundlagen wie Vereine, Zeitungen, Parteien, Interessenverbände (Bartolini 2000, 16–17), können sie sich nicht stabilisieren und entwickeln.

Ideologische Deutungskämpfe als Teil der (Er-)Findung politischer Projekte

Politische Projekte erschaffen gesellschaftliche Allianzen, die sie tragen, nicht nur, indem sie politische Sach- und Reformvorschläge machen, ein zentraler Teil dieser verbindenden Arbeit sind ideologische Auseinandersetzungen. Dazu gehört beispielsweise das Ringen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, welche Interessen als Allgemeininteressen gelten können – oder anders gesagt: ein Ringen darum, die eigenen Interessen als legitime Interessen der Mehrheit oder Allgemeinheit zu präsentieren und zu rechtfertigen (Amable 2017, 7). In diesem Sinne gehören zur (Er-)Findung und Formierung eines neuen politischen Projektes und einer neuen gesellschaftlichen Allianz immer auch ideologische Deutungskämpfe. Diese ideologischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden darum geführt, was legitime Sichtweisen auf das ist, was ist und was sein sollte: Was sind wichtige Probleme unserer Zeit? Was sind die Ursachen dieser Probleme? Was sind die Gruppen, von denen behauptet wird, sie hätten ähnliche oder gleiche Interessen bzw. gehörten zu einer Solidargemeinschaft? Was sind Handlungsvorschläge (Amable 2017, 7–8)? Aber auch: Wer sind wir, was verbindet uns, was ist

3 Um dies anhand eines europäischen Beispiels zu verdeutlichen: Die nordirische Unabhängigkeitsbewegung, deren parteipolitischer Anker Sinn Féin war (bzw. ist), hat Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten politisiert, mit der Frage der nationalen Unabhängigkeit verbunden und dabei ein sozialistisches bzw. linkssozialdemokratisches Reformprogramm vertreten, das die Interessen der Arbeiter*innenschaft aufgegriffen hat. Das politische Projekt der republikanischen Unabhängigkeitsbewegung hat sich nicht auf eine Frage konzentriert, sondern die religiöse mit der nationalen und sozialen Frage verbunden.

eigentlich (un-)gerecht? Sicherlich sind sachliche Reformvorschläge wichtig, aber durch diese ideologische Arbeit der politischen Projekte, werden Angehörige verschiedener Klassen bzw. verschiedener Teile von Klassen eingebunden. Was ein politisches Projekt von anderen unterscheidet – wo und wie sie inhaltlich gegen die der politischen Gegner gerichtet sind, was die organisierenden Prinzipien der eigenen Politik sind und mit welcher philosophischen Perspektive sie verbunden ist – muss klar erkennbar gemacht werden (Hall 1988, 277).

Damit Einbindung von Individuen in ein politisches Projekt gelingt, ist es notwendig, dass *erstens* Elemente der empirisch vorhandenen individuellen Weltanschauung aufgegriffen werden, *zweitens* die Individuen aus ihrer ggf. bereits gegebenen Einbindung in die ideologischen Deutungsangebote bzw. Diskurse anderer Projekte herausgelöst und *drittens* die anknüpfungsfähigen Elemente ihres Alltagsbewusstseins in die eigenen politisch-ideologischen Diskurse eingebettet werden (ebd., 139). Politische Projekte, so lässt sich schlussfolgern, die führend werden wollen, müssen deshalb eigene ideologische Deutungsrahmen anbieten, die Sinn stiften, innerhalb derer konkrete Ideen und politische Vorschläge eine Kohärenz gewinnen, und für die Adressaten Überzeugungskraft gewinnen, also an vorhandene Ideologien wirkungsvoll anknüpfen können – Deutungsrahmen, die erklären können, was in der Gesellschaft geschieht, eine Vision ihrer Zukunft entfalten und dies anhand einiger wichtiger Themen zum Ausdruck zu bringen (ebd., 271). Ob die entsprechenden ideologischen Diskurse verfangen, ob die Deutungsangebote gewinnend sind, hängt u.a. davon ab, ob und wie sie an das Alltagsbewusstsein bzw. an Deutungsmustern anknüpfen können, die in der Bevölkerung verbreitet sind, und Alltagserfahrungen sinnvoll verständlich machen. Insofern konstituieren diese verbreiteten populären Vorstellungswelten bzw. Ideologien, mit denen ich mit empirisch in den Kapiteln 5 ausführlicher beschäftigen werde, ein »[...] besonders wichtiges strategisches Terrain, eine Arena aktiver Interventionen [...]« (ebd., 138) für politische Projekte.